

Hering greift nun Denker an

GGG-DESASTER Laut Stadtbürgermeisterin hätten die Probleme rechtzeitig gelöst werden können

STROMBERG (red). „Die Insolvenz ist abgewendet, aber um welchen Preis?“ – so reagiert Stadtbürgermeisterin Klarin Hering (CDU) auf die Berichterstattung zur Schiefelage der Gesellschaft für Gewerbeansiedlungen (GGG). Den Preis für die GGS-Rettung müssten die Stadt und die Dörfer zahlen, sagt Hering.

Nicht nur ihr persönlich, sondern – was viel wichtiger sei – den Verantwortlichen seien die GGS-Probleme seit 2013 bekannt gewesen, weiß Hering. Doch es sei nichts passiert, weil eine Wahl bevorstanden habe.

„Natürlich hatte Frau Denker 2013 eine andere Chance“, richtet Hering den Blick auf die Verbandsgemeindebürgermeisterin. Anke Denkers (SPD) Motto aber sei gewesen: „Wenn wir nicht an die GGS glauben, wer dann?“ Denker, so betont Hering, hätte damals alle Möglichkeiten gehabt, sogar mit Unterstützung aus der CDU die GGS noch zu stoppen.

„Der damals absehbare Schaden hat sich jetzt nicht nur bestätigt, sondern vervielfacht“, heißt es weiter von der Stadtbürgermeisterin. Und obwohl Denker die Probleme schon seit Januar bekannt gewesen seien, habe die Sozialdemokratin das Thema erst im März auf die Tagesordnung genommen –

aber zuvor noch den Haushalt der VG durchwinken lassen.

„Wie soll ich das unseren Bürgerinnen und Bürgern erklären, wenn wir im Stadtrat zum Beispiel Anträge auf Vereinsförderung ablehnen? Wie soll ich erklären, dass die GGS mit gleichem Geschäftsführer und gleichem Aufsichtsrat weitergeführt wird? Wie soll ich erklären, dass wir nicht sofort informiert wurden, um gemeinsam nach Lösungen zu suchen?“, fragt sich nun Hering nach den Vorgängen um die GGS.

Der Antrag der CDU in der Verbandsgemeinderatssitzung sei ein Versuch gewesen, Schaden von den Ortsgemeinden und der Stadt fernzuhalten beziehungsweise in Ruhe nach alternativen Lösungen zu suchen. Den Begriff, das habe gewirkt wie das Ziehen eines Kaninchens aus einem Zylinder, weist Hering zurück.

Erneut, klagt Hering, müsse die Verbandsgemeinde nun mit einer „demokratischen Entscheidung leben, die uns mehr als drei Millionen Euro kostet“.

Dass Denker mit Grundstücken gegenrechne, von denen heute keiner mit Sicherheit beurteilen könne, wann und zu welchem Preis sie verkauft werden, möchte die Stadtbürgermeisterin hier nicht unerwähnt lassen.